

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 17. November 2008

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel
Stadträtin Schwarz
Stadträtin Zethner
Stadtrat Feyh
Stadtrat Gernhart
Stadtrat Hofmann
Stadtrat Oettinger
Stadtrat Petermann
Stadtrat Siebentritt (für SR J.M. Scherf)
Stadtrat Wetzel
VOAR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Errichtung eines oder mehrerer weiterer Bolzplätze im Stadtbereich

In seiner Sitzung vom 22.10.2008 hatte der Stadtrat den Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales beauftragt, einen Antrag auf Errichtung mehrerer weiterer Bolzplätze im Stadtbereich zu beraten. Begründet wird der Antrag mit der Notwendigkeit, den geburtenstarken Jahrgängen der Jahre 1995-2001 ein entsprechendes Angebot zur Verfügung zu stellen.

Der Bolzplatz am Galgen komme wegen der abgeschiedenen Lage und der Nutzung durch ältere Jugendliche ebensowenig in Frage wie die örtlichen Spielplätze, da dort erhebliche Widerstände der Nachbarn zu beobachten seien.

Bürgermeister Dotzel teilte mit, daß der TV sich – wie bereits von Stadtrat Lenk in der Sitzung vom 22.10.2008 angedeutet – bereiterklärt hat, die nicht mehr benötigte Turnwiese als Bolzplatz zur Verfügung zu stellen. Hierfür sind lediglich noch geeignete Tore zu beschaffen und aufzustellen. Die Stadträte Feyh und Siebentritt regten an, diese fest zu verankern, um Gefährdungen der Spieler auszuschließen.

Als weitere denkbare Standorte wurden die neue Mainwiese unterhalb der Altstadt sowie der noch einzuzäunende Spielplatz Gartenstraße, die Grünfläche neben dem Rollschuhplatz, der Rollschuhplatz selbst sowie – wenigstens für jüngere Kinder – auch die übrigen Spielplätze im Stadtbereich angesprochen. Dabei wurde deutlich, daß die Turnwiese vor allem für größere Kinder geeignet ist und für kleine Kinder weitere Möglichkeiten zu schaffen sind. Dabei wurde eine Ausstattung mit Toren nicht in jedem Fall für erforderlich gehalten. Den Interessen der Nachbarschaft soll durch eine zeitliche Begrenzung der Nutzung Rechnung getragen werden.

Die Stadträte Siebentritt und Hofmann erinnerten an den Trainingsplatz des TTSK, der nach wie vor auch als öffentlicher Bolzplatz anzusehen ist.

Nach ausführlicher Beratung faßte der Ausschuß folgende Beschlüsse:

- Auf allen Spielplätzen im Stadtbereich werden die Schilder, die ein Fußballspielen verbieten, entfernt.
- Die Nutzung der Spielplätze zum Fußballspielen soll auf die Zeit von 10-12 Uhr und 14-18 Uhr begrenzt werden. Diese Zeiten sind im Amtsblatt der Stadt zu veröffentlichen. Eine Beschilderung der Plätze selbst soll zunächst nicht erfolgen.
- Möglichst am Tag der Waldbegehung am 13.12.2008 soll auch eine Ortsbegehung am Rollschuhplatz stattfinden, bei der festzulegen ist, ob der Rollschuhplatz selbst oder die danebenliegende Grünfläche zum Fußballspielen freigegeben werden kann. Dabei soll auch entschieden werden, ob die Findlinge auf dem Rollschuhplatz beibehalten oder entfernt werden.

- Die Verwaltung wird beauftragt, für die Turnwiese zwei Tore zu beschaffen und die Aufstellung zu veranlassen.

2. **Offene Jugendarbeit - Antrag der SPD-Stadtratsfraktion „Einstieg in die Jugendsozialarbeit“**

Mit Schreiben vom 21.10.2008 hat die SPD-Stadtratsfraktion folgenden Antrag gestellt:

„Der Stadtrat beschließt:

- *Die Verwaltung legt dem Stadtrat und den betroffenen Ausschüssen ein Konzept für den Einstieg in die Jugendsozialarbeit in Würth vor.*
- *Das Konzept berücksichtigt inhaltliche, räumliche, personelle und zeitliche sowie finanzielle Fragen des Einstiegs in die Jugendsozialarbeit.*
- *Bereits in der Phase der Konzepterstellung soll eine mögliche Kooperation mit der Volksschule und einer möglichen Jugendsozialarbeit an Schulen geprüft werden.*
- *Das vorzulegende Konzept mit möglichen Alternativen wird im Stadtrat und den zuständigen Ausschüssen intensiv beraten.“*

Der Antrag wird wie folgt begründet:

„Auf Grund der Sozialraumdaten der Stadt Würth am Main im Rahmen der vom Landratsamt Miltenberg für den Landkreis Miltenberg und seine Gemeinden und Städte erstellten Sozialraumanalyse ergibt sich für Würth am Main der Bedarf an Jugendsozialarbeit. Eine grundsätzliche Zustimmung dazu wurde in der letzten Sitzung des Kultur- und Bildungsausschusses bereits vom Gremium artikuliert, nun gilt es auch formal die Konzepterstellung zu beauftragen.

Gemäß § 13 Sozialgesetzbuch - Achtes Buch (SGB VIII) soll jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern. Hierzu bedarf es passgenauer Angebote, die vor Ort entwickelt werden müssen. Für die Jugendlichen und Heranwachsenden in Würth am Main gibt es außerhalb der tätigen Vereine kein Angebot zur Freizeit- und Lebensgestaltung. Dieses Angebot, das aus der Natur seiner Sache heraus keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung zur Vereinsjugendarbeit darstellt, beabsichtigt, der Zielgruppe bei der Eingliederung in die Gesellschaft, in den ersten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt durch Unterstützung beim Erwerb von Schlüsselqualifikationen, dem Erlernen sozialer Umgangsformen und Arbeitstugenden sowie beim Aufholen von Rückständen. Damit verhindert die Stadt Würth am Main für sich Folgekosten durch nicht-integrierte Heranwachsende und eine ausufernde Jugendgewalt (Vandalismus, „herumhängende“ Jugendliche etc.). Eine Zusammenarbeit mit der ebenfalls staatlich geförderten Jugendsozialarbeit an Schulen ist denkbar und in Rahmen der Konzepterstellung zu prüfen, um sowohl den Schulstandort als auch die Chance unserer Hauptschüler/innen zu erhöhen.“

Nach Ansicht der SPD-Fraktion soll die beantragte Jugendarbeit das Angebot in der OGS ergänzen und deshalb damit auch verzahnt werden. Die Einrichtung eines Jugendtreffs wurde allgemein als Optimallösung angesehen, die jedoch einen hohen finanziellen Aufwand verursachen würde.

Bürgermeister Dotzel verwies auf die Notwendigkeit eines staatlichen Engagements insbesondere in der Schulsozialarbeit.

Der Ausschuß kam überein, daß die Planungen für eine offene Jugendarbeit fundiert, nachhaltig und ohne Zeitdruck weitergeführt werden müssen. Die Verwaltung wurde beauftragt, im Januar 2009 eine Besichtigungsfahrt zu bestehenden Einrichtungen (z.B. in Erlenbach und Sulzbach) vorzubereiten.

3. **Fortführung/Einstellung des Discobusses**

Die Fahrgastzahlen des mit den Nachbarstädten Klingenberg und Erlenbach betriebenen Dis-

cobusses sind seit 6 Jahren kontinuierlich rückläufig. In der Saison 2007/2008 sind nur noch 342 Fahrgäste gezählt worden. Der Höchststand lag bei etwa 2.500 Fahrgästen. Dem entsprechend hat sich das Defizit auf ca. 2.500 €/a nach oben entwickelt. Dieser Sachverhalt ist auch bei anderen Discobussen festzustellen. So hat die Gemeinde Niedernberg ihren Discobus bereits eingestellt. Die Stadt Klingenberg hat angefragt, ob das Angebot aufrechterhalten werden soll.

In seiner Sitzung vom 29.10.2008 hatte der Haupt- und Finanzausschuß beschlossen, den Discobus zunächst bis ca. Mai 2009 weiterzuführen. Bis dahin soll der BKSA der Stadt die Ursachen dieser Entwicklung erforschen.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales stellte dazu fest, daß dies nur schwer möglich ist. Denkbar ist, daß die verstärkten Alterskontrollen zu einer verringerten Nutzung durch Minderjährige geführt haben und Volljährige tendenziell eher mit eigenen Kraftfahrzeugen unterwegs sind.

Der Ausschuß kam überein, zunächst noch die Erfahrungen der laufenden Saison abzuwarten. Im Amtsblatt und ggf. auch im Internet soll auf die drohende Einstellung des Discobusses hingewiesen werden.

4. Bestellung von Jugendbeauftragten des Stadtrates

In seiner konstituierenden Sitzung am 07.05.2008 war der Stadtrat übereingekommen, zunächst keine Jugendbeauftragten zu ernennen. Dies ist jedoch insbesondere in Hinblick auf die Aufnahme in Verteilerlisten und zur Teilnahmeberechtigung bei überörtlichen Veranstaltungen erforderlich.

Stadtrat Siebentritt gab bekannt, daß die SPD-Fraktion Herrn Stadtrat Jens Marco Scherf benennen wird. Die übrigen Fraktionen werden in den nächsten Wochen ebenfalls Personen (möglichst Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales) nominieren.

5. Weihnachtszuwendung der Stadt für bedürftige Personen und Familien

Wie in den vergangenen Jahren will die Stadt auch heuer wieder bedürftigen Personen und Familien eine Weihnachtszuwendung in Form von Einkaufsgutscheinen zukommen lassen. Das Gesamtvolumen beträgt ca. 1.000 €. Die Federführung in der Verwaltung liegt bei Frau Breunig; die Verteilung erfolgte in den vergangenen Jahren durch weibliche Mitglieder des Stadtrats.

Der Ausschuß beauftragte die Stadträtinnen Schwarz und Zethner mit der Mitwirkung bei der Verteilung der Weihnachtszuwendung. Die SPD-Fraktion wird noch eine externe Person (voraussichtlich Frau Tonja Salvenmoser) benennen.

6. Änderung der Marktsatzung

Bereits mit Schreiben vom 04.03.2008 hat das Landratsamt Miltenberg mitgeteilt, daß es beabsichtigt, die mit Bescheid vom 18.11.1997 erlassene Festsetzung des Weihnachtsmarktes als Spezialmarkt auf den letzten Sonntag im November aufzuheben. Hintergrund ist die vom Bayerischen Staatsministerium des Inneren und von der Regierung von Unterfranken vertretene Rechtsauffassung, wonach auch das Abhalten von Märkten an stillen Tagen im Sinne des Feiertagsgesetzes dem diesen Tagen entsprechenden ernsten Charakter widerspricht.

Da der Totensonntag als geschützter stiller Tag in der Regel auf den letzten Sonntag im November fällt, beabsichtigt das LRA, die Festsetzung des Marktes aufzuheben. Die Stadt hat jedoch Gelegenheit, einen anderen (konkreten) Veranstaltungstermin für den Markt zu bestimmen. Die vom Haupt- und Finanzausschuß vorgeschlagene Nennung eines beliebigen Adventssonntags ist nicht zulässig.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales empfiehlt, als neuen Termin für den Weihnachtsmarkt der Stadt jeweils den dritten Advent festzulegen.

7. Teilnahme am Projekt „Stolpersteine“

Die Verwaltung hat angeregt, über eine Teilnahme der Stadt am Projekt „Stolpersteine“ nachzudenken.

Die Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig. Mit diesen Mahnmalen soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die von den Nationalsozialisten ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Selbstmord getrieben wurden. Die Stolpersteine sind kubische Betonsteine mit einer Kantenlänge von zehn Zentimetern, auf deren Oberseite eine individuell beschriftete Messingplatte angebracht ist. Sie werden vor den ehemaligen Wohnhäusern der NS-Opfer niveaugleich in das Pflaster des Gehweges eingelassen.

Seit 1995 hat Gunter Demnig rund 17.000 Steine in etwa 350 Städten und Gemeinden in Deutschland, Österreich und anderen europäischen Ländern gesetzt. Finanziert werden die Stolpersteine durch Spenden, Sammlungen und Patenschaften von einzelnen Bürgern, Zeitzeugen, Schulklassen, Berufsgruppen und Kommunen. Ein Stein kostet 95 Euro.

In einigen Städten ist die Verlegung von Stolpersteinen von politischer Seite abgelehnt worden. Insbesondere wird kritisiert, daß die Steine bodengleich eingelassen sind und auf denen mit Füßen „herumgetreten“ werde. Auch Hausbesitzer befürchten einen Wertverlust ihrer Anwesen.

In Würth wären ca. 6-8 frühere jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger betroffen.

Im Ausschuß wurde keine eindeutige Meinungsbildung herbeigeführt. Die Verwaltung wurde beauftragt, den Stadtratmitgliedern weiteres Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen. Danach soll die Frage erneut beraten werden.

8. Bewerbung der Stadt um den Ferienabenteuerspielplatz der Kreisjugendpflege

Stadträtin Zethner regte an, daß die Stadt sich um den Ferienabenteuerspielplatz der Kreisjugendpflege bewerben möge.

Es handelt sich dabei um ein einwöchiges Projekt, in dem Kinder im Alter von 6-12 Jahren unter entsprechender Anweisung Holzhütten aus Rohmaterialien erstellen. Insgesamt können 80-100 Kinder teilnehmen, für die Kinder des Veranstaltungsorts sind 20-25 Plätze reserviert. Die übrigen Plätze werden verlost. Eine Übernachtung der Kinder ist nicht vorgesehen.

Das Kreisjugendamt übernimmt die Organisation und Durchführung des Projekts sowie die Werbung hierfür. Die Stadt hätte ein geeignetes Gelände mit Strom- und Wasseranschluß sowie WC-Anlage zur Verfügung zu stellen und die Baumaterialien zu beschaffen.

Der Ausschuß beauftragte die Verwaltung, das Interesse der Stadt für die 2. Ferienwoche (10.-14.08.) anzumelden und mit dem Kreisjugendamt die weiteren Absprachen zu treffen. Als Standorte kommen dabei das Spiel- und Freizeitgelände am Galgen sowie die Schloßwiese in Betracht.

Würth a. Main, den 07.01.2009

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer